

(11 979) Interpellation Schürch vom 21. März 1974  
Konferenz für Humanitäres Völkerrecht

10. Juni 1974

(Nr. 11 979) Schriftliche Beantwortung der Interpellation Schürch vom 21. März 1974 betreffend Konferenz für humanitäres Völkerrecht

Politisches Departement. Antrag vom 27. Mai 1974

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

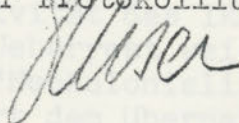
Die Antwort auf die Interpellation Schürch wird genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- EPD 20 zur Kenntnis
- BK 4 (Hb, Br, Sa, AS) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:




NATIONALRAT

(11 979) Interpellation Schürch vom 21. März 1974  
Konferenz für humanitäres Völkerrecht

---

Die Zwischenfälle und Schwierigkeiten zu Beginn und im bisherigen Verlauf der Konferenz in Genf scheinen darauf hinzudeuten, dass die vormals führende Rolle des IKRK und der Schweiz in der Betreuung und Fortentwicklung des Rotkreuz-Rechts seit 1949 stark geschwächt ist. Die Kontroversen um die Einladungen von völkerrechtlich nicht allseits anerkannten Gruppierungen und die Ablehnung schweizerischer Vorschläge für die Zuteilung wichtiger Konferenzfunktionen lassen vermuten, dass die Konferenz zwar nicht juristisch, wohl aber politisch ungenügend vorbereitet worden ist.

Teilt der Bundesrat diese Beurteilung, und welche Konsequenzen denkt er daraus zu ziehen?

Mitunterzeichner: Allgöwer, Barchi, Baumberger, Binder, Bonnard, Dürrenmatt, Eisenring, Freiburghaus, Gautier, Hofmann, Ribl, Schnyder, Waldvogel, Weber-Altendorf, Weber-Schwyz.

Begründung:

Die Staaten der Dritten Welt nehmen dank ihrer Zahl, ihrer Politik zwischen den Grossmächten, neuerdings zum Teil auch durch Ausnützung ihrer Stellung als Rohstoffproduzenten, auf die Weltpolitik zunehmenden Einfluss. Ihr gestärktes Selbstbewusstsein macht sich nicht nur in der UNO und ihren Spezialorganisationen geltend, sondern auch gegenüber andern Institutionen, zum Beispiel jenen, die sich ausserhalb der Vereinten Nationen mit der Betreuung und Entwicklung des humanitären Völkerrechts befassen. Zu dessen wichtigsten Trägern gehört das Internationale Komitee vom Roten Kreuz; es entfaltet seine Tätigkeit unter dem Schutz der Schweizerischen Neutralität, die ihrerseits daraus eine besondere Legitimation schöpft. Europäischer Inspiration entsprungen, wird die Aktivität des IKRK in manchen Entwicklungsländern aber noch immer als Ueberrest weisser Vorherrschaft empfunden, ja gelegentlich sogar als "Neokolonialismus unter humanitärer Flagge" beargwöhnt. Man traut dort dem übernationalen Charakter des IKRK nur halb, und für die schweizerische Neutralität besteht vielerorts noch wenig Verständnis. Dem entspricht auch die da und dort zu beobachtende Tendenz, das IKRK durch die Liga der Rotkreuzgesellschaften zu verdrängen, wo die Entwicklungsländer mit dem ihrer Zahl entsprechenden Gewicht direkt mitreden können.

Unter diesen Umständen war vorauszusehen, dass die moralische Autorität der Schweiz und des IKRK an der Diplomatischen Konferenz für humanitäres Völkerrecht nicht mehr so unbestritten vorwalten werde, wie dies früher selbstverständlich war. Die Entwicklungsländer haben sich denn auch entsprechend formiert und verhalten.

- 2 -

Umso notwendiger war, nebst der (anerkannt vorzüglichen) juristischen, eine sorgfältige politische Vorbereitung der Konferenz. Schon die Kontroversen über die Teilnahmeberechtigung von Organisationen, die nach klassischen diplomatischen Regeln nicht ohne weiteres anerkannt werden können, liessen indessen den Eindruck entstehen, man habe im Vorfeld der Konferenz den Gewichtsveränderungen auf der weltpolitischen Bühne zu wenig Rechnung getragen.

Es kann auch nicht übersehen worden sein, dass sich Formen und Methoden der gewaltsamen Auseinandersetzung seit dem Abschluss der Rotkreuzkonventionen weiter gewandelt, namentlich in Konflikten nicht internationalen Charakters an Bedeutung zugenommen und ein besonderes Gesicht angenommen haben. Der Grundidee des Roten Kreuzes, humanitäre Prinzipien auf alle Betroffenen eines Konflikts anzuwenden, entspricht die Forderung, dass Schutz und Hilfe den Kriegsopfern ohne Rücksicht darauf gebühren, ob sie regulären oder irregulären Verbänden angehören, ob sie von einem "gerechten" oder "ungerechten" Krieg betroffen seien, ob die Auseinandersetzung an orthodoxen Fronten, oder ob sie guerillamässig, terroristisch und polizeilich-repressiv geführt werde. Dass bei internen Auseinandersetzungen zwischen etablierten Staatsgewalten einerseits und subversiven Kräften, Befreiungs- und Sezessionsbewegungen andererseits die Anwendung humanitärer Regeln und deren Kontrolle heikel und schwierig ist, weil sie gegen den Einwand der Einmischung in innere Angelegenheiten durchgesetzt werden müssen, ist mindestens für die Schweiz und das IKRK gewiss kein Grund, das Postulat der universellen Geltung dieser Regeln aufzugeben.

Ob aber ein Fortschritt in dieser Richtung, über die noch bescheidenen Anfänge der Rotkreuzkonventionen von 1949 hinaus, erzielt werden kann, solange Konfliktparteien ohne diplomatischen Status von Verhandlungen prinzipiell ausgeschlossen sind, erscheint als zweifelhaft. Eine Prüfung der Frage drängt sich auf, ob solche Parteien, sofern sie verhandlungsbereit sind und sich über ein Minimum von Verhandlungs- und Verantwortungsfähigkeit ausweisen, nicht grundsätzlich an der Entwicklung des humanitären Rechts beteiligt werden müssten. Eine Einigung über die Modalitäten der Zulassung und den Status solcher Parteien hätte vor Beginn der Konferenz gefunden werden müssen. Die öffentlichen Auseinandersetzungen darüber zu Beginn der Konferenz haben nun zu unbefriedigenden Kompromissen geführt, die vor dem universellen Anspruch des Rotkreuzgedankens kaum standhalten und dessen Abwertung befürchten lassen. Der Bundesrat sollte dem IKRK an die Hand gehen, damit es allenfalls mit neuen Methoden, seiner zeitlosen Aufgabe auch unter veränderten weltpolitischen Voraussetzungen gerecht werden kann.

#### Stellungnahme des Bundesrates:

Der Bundesrat teilt vollumfänglich die Ansichten des Interpellanten bezüglich des vermehrten Gewichtes der Länder der dritten Welt in den internationalen Organisationen und an internationalen Konferenzen. Es ist seit einigen Jahren allgemein bekannt, dass diese Staaten, die nunmehr über die Stimmenmehrheit verfügen, bestrebt sind, die

- 3 -

Tätigkeit dieser Gremien in Richtung ihrer eigenen Zielsetzungen zu beeinflussen. Die diplomatische Konferenz für humanitäres Recht, die fast allen dieser Staaten die Möglichkeit gab, zum ersten Mal an der Kodifikation im so bedeutsamen Bereich des internationalen Rechtes teilzunehmen, konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen.

Entsprechend einer mehr als hundertjährigen Tradition obliegt dem IKRK, als dem Förderer und Hüter, die Entwicklung des internationalen humanitären Rechtes, welches in den Genfer Konventionen niedergelegt ist. Diese Rolle wurde im Jahre 1969 anlässlich der internationalen Konferenz des Roten Kreuzes, an welcher die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und die Regierungen der Unterzeichnerstaaten der Konventionen nebeneinander tagen, ausdrücklich bestätigt. Dem Komitee des Internationalen Roten Kreuzes wurde das Mandat erteilt, zusätzliche Richtlinien zu den Konventionen von 1949 auszuarbeiten. Das Privileg der Einberufung und Organisation der diplomatischen Konferenzen zur Prüfung und Annahme der vom Komitee vorbereiteten neuen Instrumente stand jedoch stets dem Bundesrat zu, der mit Genugtuung feststellt, dass die in diesem Rahmen sowohl vom IKRK als auch von der Schweiz ergriffenen Initiativen vielfach geschätzt wurden, namentlich seitens der UNO.

Was die juristische Vorbereitung der Konferenz betrifft, so ist der Bundesrat überzeugt, dass das IKRK, welches zu diesem Zweck eine internationale Expertenkonferenz der Regierungen einberufen hatte, sich seiner Aufgabe erfolgreich entledigt hat. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat übrigens mit Genugtuung die Protokollvorschläge als ausgezeichnete Diskussionsbasis aufgenommen und dem IKRK ihre Dankbarkeit ausgesprochen.

Was die politische Vorbereitung der Konferenz betrifft, so legte die Schweiz als einladender Staat den Kreis der einzuladenden Länder gemäss internationalem Brauch fest und teilte dies, gleichzeitig mit dem Einladungsschreiben, allen berücksichtigten Staaten mit. Dieses Vorgehen gab zu keinerlei Bemerkungen Anlass. Der einige Wochen vor Beginn der Konferenz aufgetauchte Fall GRP ("Gouvernement révolutionnaire provisoire") wurde wie in der Antwort auf die kleine Anfrage von Nationalrat Vincent, - auf welche der Bundesrat hinweist -, behandelt. Guinéa-Bissau konnte nicht eingeladen werden und hat auch niemals ein Begehren in dieser Richtung gestellt, da es weder Unterzeichner der Genfer Konventionen noch Mitglied der UNO war. Sein Beitritt zu den Konventionen wurde dem Politischen Departement erst nach Eröffnung der Konferenz notifiziert, das heisst, zu einem Zeitpunkt, als die Rolle der Schweiz als einladender Staat abgeschlossen war. Bezüglich der nationalen Befreiungsbewegungen haben die Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und die Vollversammlung der UNO im Oktober bzw. November 1973 die Konferenz aufgefordert, sie als Beobachter zuzulassen gemäss der von der UNO befolgten Praxis. Um den Entscheid der Konferenz zu erleichtern, wurden mit den Vertretern dieser Bewegungen zwecks vorgängiger Vereinbarung der Modalitäten einer angemessenen Beteiligung Kontakte aufgenommen. Eine Lösung im

- 4 -

Sinne obgenannter Resolutionen konnte jedoch nicht gefunden werden. Es sei erwähnt, dass die schliesslich von der Konferenz beschlossene Lösung jenen Vertretern Rechte zugesteht, die die erwähnte Praxis der UNO - ihre Grenzen konnten von der Schweiz nicht einseitig überschritten werden - bei weitem übertrifft. Es war somit nie Absicht des Bundesrates, die Universalität des humanitären Rechtes dadurch zu beeinträchtigen, dass gewisse Kräfte bewusst von der Konferenz ferngehalten werden sollten.

Die Vorschläge der Schweiz betreffend die Einteilung der Arbeiten der Konferenz, die Schaffung von Kommissionen und die Verteilung der Artikel-Vorschläge innerhalb dieser Kommissionen wurden ohne Aenderungen durch die Konferenz genehmigt. Der von der Schweiz ausgearbeitete Entwurf eines internen Reglementes wurde in einigen Punkten untergeordneter Wichtigkeit abgeändert, obwohl der vorgeschlagene Text Wort für Wort die in Kraft stehenden Reglemente der letzten Konferenzen der UNO wiedergab. Schliesslich wurden auch keine formellen Vorschläge seitens der Schweiz vorgebracht für die Besetzung der verschiedenen Posten der Konferenz. Auf Begehren verschiedener Delegationen wurden den Delegierten, als reine Hinweise, Vorschläge unterbreitet, die die nachfolgenden Besprechungen vereinfachen sollten. Dieses Vorgehen hat nichts Ungewöhnliches an sich, kann doch die Verteilung der einzelnen Aemter nicht zum vornherein getroffen werden, mangels Kenntnis der vollständigen Liste der teilnehmenden Staaten sowie der Namen der Delegierten, welche ein Amt ad personam bekleiden können. Diese Anregungen waren nützlich, wurden sie doch in mancher Hinsicht befolgt. Mit der unerwarteten Ankunft verschiedener Delegationen verlagerte sich das Gleichgewicht, so dass die Aufteilung der Aemter unter die geographischen Gruppen geändert werden musste.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Bundesrat sich nicht der Ansicht anschliesst, es sei die Konferenz auf politischem Gebiet ungenügend vorbereitet worden. Die Einberufung einer diplomatischen Konferenz ist unter den gegenwärtigen Umständen eine äusserst heikle Aufgabe. In der Tat gibt es heute kein anderes Beispiel für eine Konferenz ausserhalb des Rahmens einer dauernden internationalen Organisation, die in autonomer Weise durch eine Regierung einberufen wird. Die Schwierigkeiten, auf welche die Konferenz stiess, bildeten keine Ausnahme; auch die Tagungen der UNO werden davon nicht verschont. Sie liegen nicht am Gastland, sondern widerspiegeln vielmehr das aktuelle Weltbild mit seinen Gegensätzen, die sich auch auf das humanitäre Recht auswirken. Es versteht sich von selbst, dass der Bundesrat, in enger Mitarbeit mit dem IKRK, keine Mühe scheuen wird, um im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beizutragen, dass alle Teilnehmerstaaten gemeinsam die ihnen begegneten Schwierigkeiten überwinden können.

CONSEIL NATIONAL

(11 979) Interpellation Schürch du 21 mars 1974  
Conférence sur le droit humanitaire

---

Les incidents qui se sont produits et les difficultés qui ont surgi au début et au cours de la conférence de Genève semblent indiquer que le rôle important joué autrefois par le CICR et la Suisse dans le domaine du droit humanitaire est devenu beaucoup plus modeste depuis 1949. Les controverses relatives à l'invitation de groupements qui ne sont pas reconnus partout du point de vue du droit des gens, ainsi que le rejet des propositions faites par la Suisse au sujet de l'attribution de fonctions importantes pour la conférence, laissent supposer que celle-ci a été insuffisamment préparée, non certes sur le plan juridique, mais sur le plan politique.

Le Conseil fédéral partage-t-il cette façon de voir les choses et quelles conséquences pense-t-il en tirer ?

Cosignataires : Allgöwer, Barchi, Baumberger, Binder, Bonnard, Dürrenmatt, Eisenring, Freiburghaus, Gautier, Hofmann, Ribl, Schnyder, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber-Schwyz.

Développement :

Les Etats du tiers monde exercent une influence croissante sur la politique mondiale; ils le doivent à leur nombre, à la politique qu'ils suivent dans leurs relations avec les grandes puissances et, dans une certaine mesure aussi, au fait que depuis peu ils mettent leur situation de producteurs de matières premières à profit. Ce n'est pas seulement à l'ONU et dans les organisations spécialisées de celle-ci qu'ils ont pris plus nettement conscience de leur force; leur assurance se fait également sentir dans d'autres institutions, par exemple celles qui sont chargées de faire respecter le droit humanitaire international et de le développer. Le Comité international de la Croix-Rouge en est un des principaux supports; son activité s'exerce sous la protection de la neutralité suisse et, à son tour, notre politique de neutralité y trouve une légitimation spécifique. En raison de l'inspiration européenne qui les anime, le CICR et son activité sont toujours considérés, dans plusieurs pays en développement, comme des séquelles de la domination blanche quand on ne les soupçonne pas d'être, dans certains cas, une forme du "néocolonialisme dissimulé sous le drapeau de l'humanitarisme". Dans ces pays-là, on ne fait qu'à moitié crédit au caractère supranational du CICR, tandis qu'en maints endroits la neutralité suisse ne rencontre encore que bien peu de compréhension ou de sympathie. C'est à cet état d'esprit également qu'il faut attribuer la tendance décelable ici ou là, qui consiste à s'efforcer d'éliminer le CICR au profit de la Ligue des Sociétés nationales de la Croix-Rouge partout où les pays en développement peuvent intervenir directement dans le débat, en raison du poids que leur confère le nombre.

Dans ces conditions, il était à prévoir qu'à la Conférence sur le droit humanitaire, l'autorité morale de la Suisse et du CICR ne s'imposerait plus de manière aussi absolue qu'à l'époque où personne ne se serait avisé de la mettre en doute. Ainsi, les pays en développement se sont groupés; ils ont manoeuvré en conséquence également.

Il était donc plus nécessaire encore de préparer minutieusement cette conférence sur le plan politique que sur le plan juridique, (domaine dans lequel sa préparation a été excellente, comme chacun se plaît à le reconnaître). A elles seules, les controverses sur l'opportunité d'y faire participer certaines organisations (qui ne sauraient être, si l'on s'en réfère aux règles diplomatiques traditionnelles, reconnues sans autre formalité) ont fait naître l'impression que les transferts d'influence, survenus sur la scène politique mondiale, n'avaient pas été pris suffisamment en considération avant l'ouverture de la conférence.

Il n'est pas possible d'ignorer non plus que, depuis la conclusion des conventions de la Croix-Rouge, les méthodes de combat et les formes que prennent les hostilités n'ont cessé de se modifier, qu'elles ont gagné en importance et qu'elles ont pris un aspect particulier, notamment dans les conflits qui n'ont pas un caractère international. La Croix-Rouge a pour règle fondamentale que les principes humanitaires doivent être appliqués à toutes les victimes d'un conflit; cette idée procède de la conviction que les victimes de la guerre peuvent prétendre être aidées et protégées sans qu'on se préoccupe de savoir si elles sont incorporées dans des unités régulières ou des troupes irrégulières, si elles sont affectées par une guerre "juste" ou "injuste", si les combats se livrent sur des fronts traditionnels ou s'ils prennent, au contraire, la forme d'opérations de guérilla, de terrorisme ou de répression policière. La Suisse et le CICR n'ont aucune raison, en ce qui les concerne, de répudier le postulat de l'universalité de ces règles sous le prétexte fallacieux qu'il est très difficile, voire épineux, d'appliquer des principes humanitaires et d'en contrôler le respect en cas de luttes armées fratricides entre pouvoirs constitués d'une part et forces subversives, mouvements de libération ou de sécession d'autre part.

Mais il paraît très improbable que des progrès puissent être réalisés dans le sens qu'on vient de dire ou qu'il soit possible d'aller plus loin que les premiers pas, très modestes encore, que constituent les conventions de la Croix-Rouge de 1949, aussi longtemps que les belligérants privés de statut diplomatique seront systématiquement écartés de toute négociation éventuelle. Il s'impose donc d'examiner la question suivante : les belligérants de cette sorte ne devraient-ils pas contribuer en principe au développement du droit humanitaire, à condition qu'ils soient prêts à négocier et puissent se targuer, dans une certaine mesure en tout cas, d'être en mesure de le faire et de prendre leurs responsabilités ? Il aurait fallu qu'un accord ait lieu, avant l'ouverture de la

conférence, sur les modalités de l'admission de ces belligérants et sur leur statut juridique. Les incidents publics qui ont eu lieu à ce propos dès le début de la conférence ont conduit à l'adoption de compromis boiteux, dont ne sauraient guère s'accommoder l'idéal de la Croix-Rouge ni sa prétention à l'universalité; ils font aussi mal augurer de la pérennité de cet idéal. Le Conseil fédéral devrait donc venir en aide au CICR pour que celui-ci, dans des conditions modifiées sur le plan de la politique mondiale, soit encore en mesure de s'acquitter de sa mission imprescriptible et permanente, en ayant recours s'il le faut à de nouvelles méthodes de travail.

### Réponse du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral partage entièrement les vues de l'interpellateur quant au poids accru des Etats du tiers monde dans les organisations et conférences internationales. Il est notoire, depuis plusieurs années, que ces Etats, qui disposent désormais de la majorité, cherchent à en infléchir les activités dans un sens conforme à leurs aspirations. La Conférence diplomatique sur le droit humanitaire, qui donnait à presque tous ces Etats la possibilité de participer pour la première fois à la codification de ce domaine si important du droit international, n'a pas échappé à cette évolution.

Selon une tradition plus que centenaire, il incombe au CICR de développer le droit international humanitaire codifié dans les Conventions de Genève dont il est l'inspirateur et le gardien. En donnant formellement, en 1969, mandat au Comité d'élaborer des règles additionnelles aux Conventions de 1949, la 21ème Conférence internationale de la Croix-Rouge, où siègent côte à côte les sociétés nationales et les gouvernements des Etats parties aux Conventions, a explicitement réaffirmé ce rôle du CICR. Le Conseil fédéral, pour sa part, a toujours eu le privilège de convoquer et d'organiser les conférences diplomatiques chargées d'examiner et d'adopter les projets d'articles préparés par le Comité. Le Conseil fédéral est satisfait de constater que les initiatives prises dans ce cadre, aussi bien par le CICR que par la Suisse, ont fait l'objet de nombreux témoignages d'appréciation, notamment de la part de l'ONU.

En ce qui concerne la préparation juridique de la Conférence, le Conseil fédéral est convaincu que le CICR, qui avait à cet effet convoqué une Conférence internationale d'experts gouvernementaux, s'est acquitté de sa tâche avec succès. L'Assemblée générale de l'ONU a d'ailleurs, dans une résolution, accueilli avec satisfaction les projets de Protocoles comme constituant une base excellente de discussion, en exprimant sa reconnaissance au CICR.

En ce qui concerne la préparation politique, le cercle des pays invités a été défini conformément à l'usage international par la



Suisse, puissance invitante, et il a été communiqué, avec l'invitation, à tous les Etats invités, sans susciter aucune remarque. Le cas du GRP, survenu quelques semaines avant l'ouverture de la Conférence, a été traité comme exposé dans la réponse\* à la petite question de M. Vincent, conseiller national, à laquelle le Conseil fédéral se réfère. La Guinée-Bissau ne pouvait être invitée et n'avait jamais demandé à l'être puisqu'elle n'était ni partie aux Conventions de Genève ni membre de l'ONU. Son adhésion aux Conventions a été notifiée au Département politique après l'ouverture de la Conférence, c'est-à-dire à un moment où le rôle de la Suisse comme puissance invitante avait pris fin. Quant aux mouvements de libération nationale, la Conférence internationale de la Croix-Rouge et l'Assemblée générale de l'ONU ont, en octobre et novembre 1973, demandé à la Conférence de les admettre en qualité d'observateurs, conformément à la pratique suivie aux Nations Unies. Pour faciliter la décision de la Conférence, des contacts ont été pris avec les représentants de ces mouvements en vue de convenir d'avance des modalités de participation adéquate sans toutefois qu'une solution conforme aux résolutions citées plus haut puisse être trouvée. Il convient de noter que la solution finalement décidée par la Conférence accorde à ces représentants des droits allant bien au-delà de la pratique des Nations Unies dont il avait été question et dont la Suisse ne pouvait unilatéralement dépasser les limites. Il n'a donc jamais été dans l'intention du Conseil fédéral de porter atteinte à l'universalité du droit humanitaire en maintenant délibérément certaines entités à l'écart de la Conférence.

Les propositions de la Suisse concernant l'organisation des travaux de la Conférence, la création de commissions et la répartition entre ces commissions des projets d'articles, ont été acceptées sans changement par la Conférence. Le projet de Règlement intérieur, élaboré par la Suisse, a été amendé sur quelques points d'importance secondaire, bien que le texte proposé ait repris mot à mot les règlements en vigueur dans les dernières conférences des Nations Unies. Enfin, il n'y a pas eu de propositions formelles de la Suisse pour l'attribution des différents postes de la Conférence. A la demande de plusieurs délégations, des suggestions ont été soumises aux délégués, à titre purement indicatif, en vue de faciliter les consultations qui devaient avoir lieu. Ce mode de faire n'a rien d'inusité, la répartition des postes ne pouvant pas être faite à l'avance, faute de connaître la liste complète des pays participants ainsi que le nom des délégués pouvant revêtir des fonctions ad personam. Ces suggestions ont été utiles, puisqu'elles ont été suivies sur de nombreux points, bien que la répartition des postes entre les groupes géographiques ait été modifiée, l'une des données ayant changé au dernier instant avec l'arrivée inopinée de plusieurs délégations.

En conclusion, le Conseil fédéral ne partage pas l'opinion suivant laquelle la Conférence aurait été insuffisamment préparée sur le plan politique. La convocation d'une conférence diplomatique, dans les circonstances présentes, est une tâche extrêmement complexe.

\* du 10 avril dernier

- 5 -

A vrai dire, il n'y a aujourd'hui pas d'autre exemple de conférence convoquée de manière autonome par un gouvernement, en dehors du cadre d'une organisation internationale permanente. Les difficultés que la Conférence a connues ne sont pas exceptionnelles. Les conférences des Nations Unies les connaissent aussi. Elles ne tiennent pas au pays hôte mais reflètent l'image du monde actuel avec ses divisions qui marquent de leur empreinte même le droit humanitaire. Il va sans dire qu'en étroite collaboration avec le CICR le Conseil fédéral, dans la mesure de ses possibilités, ne ménagera aucun effort afin que tous les Etats participants surmontent ensemble les difficultés qu'ils ont rencontrées.

Protokollauszug vom 10. April 1950. Antrag vom 3.

Antragsteller: Dr. J. J. B. B. B.

Verhandlungen

Die Antwort auf die obigen Anträge liegt  
Beilage).

Beilage (siehe

An den Nationalrat

Protokollauszug vom

- 1950. 10. April 1950  
- 1951. 3. April 1951